DGB-Kundgebung 1. Mai 2012 in Erfurt

Rede

Ingrid Sehrbrock
Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

GUTE ARBEIT FÜR EUROPA
GERECHTE LÖHNE – SOZIALE SICHERHEIT

BITTE BEACHTEN SIE:

SENDESPERRFRIST: 1. Mai 2012, Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

Es ist gut, dass wir als DGB und Gewerkschaften ganz bewusst am 1. Mai, am Tag der Arbeit, an unserem Tag der Arbeit, auf die Straßen und Plätze gehen. Wir wollen laut und deutlich sagen, was uns wichtig ist: für die Menschen in Thüringen, für die Menschen in Deutschland, aber auch für die Menschen in Europa.

Aber wir wollen uns auch nicht verheben mit einer überdimensionierten Aufgabe. Mal eben Europa retten gehen – so einfach ist das nicht. Doch Politik kann man ja in diesen Zeiten nicht mehr nur national sehen. Wer das geglaubt hatte, wurde mit der Wirtschafts- und Finanzkrise und wird derzeit mit der Eurokrise eines Besseren belehrt.

Anrede,
Es ist richtig, Europa ist eine Chance für unser Land und für die anderen.

Es war ein wichtiger Schritt nach dem Krieg, sich darauf zu verständigen, dass zukünftig Konflikte zwischen den Staaten in Europa mit Verhandlungen gelöst werden sollen.

Es war ein richtiger Schritt, einen großen Markt in Europa zu etablieren, ohne Zollgrenzen und sonstige Hindernisse.

Auch den Euro einzuführen war ein Fortschritt, von dem wir als exportorientiertes Land am meisten profitieren.

Aber Europa muss auch ganz konkret für die Menschen erkennbare Verbesserungen erreichen, sonst schwindet die Akzeptanz.

Reine Sparkonzepte können nicht die Lösung sein. Erst recht nicht, wenn damit die staatlichen Rettungsaktionen für die Banken wieder kompensiert werden sollen.

Dass die Gewerkschaften nicht stillhalten, wenn Mindestlöhne und soziale Sicherungssysteme massiv beschnitten werden, wird niemand verwundern.

Markt und Wettbewerb sind kein Selbstzweck: es muss immer um die besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen gehen. Das haben viele Verantwortliche aus dem Blick verloren. Und wir - Gewerkschaften und der DGB - lenken den Blick wieder darauf - gerade auch für Europa!

Anrede,

mit der Krise der Finanzmärkte hat sich einmal mehr gezeigt, dass der Neoliberalismus in die Irre geführt hat.

Je mehr Freiheit des Markts, desto bessere wirtschaftliche Ergebnisse, so hieß es lange Jahre. Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen störten da nur.

Und es war ein Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen,

- dass die Marktfetischisten plötzlich beim Staat auf der Matte standen und die Hand aufhielten
- und gerade diejenigen die den Staat immer als schlechtere Alternative zu den privaten Marktlösungen gesehen hatten.

Sie erwarteten in der Finanzkrise ganz selbstverständlich Hilfe vom Staat – von dem sie eigentlich nichts hielten.

Und es ist und bleibt ein Skandal, dass Banken wegen ihrer schieren Größe und der massiven Folgen ihres Scheiterns für die Volkswirtschaften in Europa offenbar davon ausgehen können, dass der Staat einspringt, um größere Verwerfungen zu verhindern.

Wer nicht die letzte Verantwortung übernehmen muss, und das tun die Banken bisher nicht, geht höhere Risiken ein. Das haben die großen Banken gezeigt. Die Steuerzahler haben die Suppe auszulöffeln.

Anrede,
es ist höchste Zeit, dass die großen Banken mehr Eigenkapital bilden, um Krisen weitgehend selbst bewältigen zu können.

Denn zuletzt sind wir es, die für riskante Experimente gerade stehen müssen,

- als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die tiefer in die Tasche greifen müssen
- als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denen die Renten und die Krankenversicherung beschnitten wird.

Es ist höchste Zeit, dass die Finanztransaktionssteuer in Europa kommt. Bisher hat mir niemand erklären können, weshalb der Verkauf von Teddybärchen mit einer Mehrwertsteuer belastet wird, der Umsatz von großen und größten Beträgen auf den Finanzmärkten aber unbesteuert bleibt. Das verstehe, wer will.

Und es ist keine Lösung, allen europäischen Staaten eine Schuldenbremse zu verordnen. Griechenland, Spanien, Portugal brauchen auch Investitionen, wenn sie wieder ihre Wirtschaft in den Griff kriegen wollen. Wenn gerade junge Menschen wieder eine Chance kriegen sollen. Eine Jugendarbeitslosigkeit von 40 % ist kein Pappenstiel.

Hier ist keine Zeit zu verlieren.

Anrede,

Die Menschen wollen gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit – und das ist aus gutem Grund unser Maimotto für diese Jahr.

Gute Arbeit, gerechte Löhne, soziale Sicherheit. Das klingt so schlicht. Aber es ist eine Herkulesaufgabe.

Wir werden alles daran setzen, dass diese Ziele auf nationaler und europäischer Ebene die Bedeutung erhalten, die nötig ist.

Anrede,

Es genügt eben nicht, immer wieder die gleiche Leier herunterzubeten.

Über Jahre haben wir uns anhören müssen, unsere Löhne seien im internationalen Wettbewerb zu hoch. Da wurden wir verglichen mit der Slowakei, wo Arbeit billiger sei oder gar mit Indien.

Der Glaube, niedrige Löhne seien die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg, war schon immer eine Ideologie und wer ihm folgte ging in die Irre.
Was macht denn Unternehmen wirklich erfolgreich? Schon vor Jahren ergab eine Studie über deutsche Klein- und Mittelbetriebe, die Weltmarktführer sind, dass:

Viele Faktoren sind es, die dazu beitragen:

- innovative Produkte und Dienstleistungen
- qualifizierte Mitarbeiter, die sich regelmäßig weiterbilden
- Kundenorientierung des Unternehmens
- Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien
- Löhne

Anrede,

die Löhne spielen übrigens eine untergeordnete Rolle.

Wenn die These stimmen würde, dass niedrige Löhne entscheidender Anreiz für Investitionen sind, müsste Thüringen schon seit Jahren von Investoren überlaufen sein. Wie das tatsächlich ist, wissen sie selbst am besten. Ja, es gibt Investoren, aber zu wenige!

Die jahrelange Klage über die angeblich zu hohen Löhne hat bundesweit und in Thüringen ihre Spuren hinterlassen:

1997 waren noch 81 % der Betriebe in den alten Ländern und 67 % in Thüringen tarifgebunden. 2010 waren es jeweils 20 % der Betriebe weniger.

Für die Beschäftigten heißt das:
Waren im Westen 1997 noch 60 % tarifvertraglich abgesichert, waren es im Jahr 2010 nur noch 36 %.
In Thüringen sank die Zahl von 41 % auf 22 %.

In keinem Land der Welt hat sich in den letzten 10 Jahren ein so großer Niedriglohnsektor entwickelt wie in Deutschland.

Thüringen ist ein besonders negatives Beispiel.
34 % der Beschäftigten erhalten einen Stundenlohn von unter 8,50 €.
Im Durchschnitt werden 74 % des westdeutschen Lohns bezahlt.
in tarifgebundenen Betrieben liegt der Unterschied 2011 nur noch bei 96,5 %.

So manchem Gegner eines Mindestlohns schwant mittlerweile, dass Tariflöhne die bessere Variante wären.

Anrede,

an einem gesetzlichen Mindestlohn führt kein Weg vorbei. 8;50 € ist unsere Forderung, und dabei bleibt es.

Die Argumente sind ausgetauscht.
Über 80 % der Bevölkerung in Deutschland will ihn, selbst 75 % der CDU und CSU Mitglieder wollen ihn. 20 von 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union haben ihn.
Die FDP will ihn verhindern.

Die existierenden Branchenmindestlöhne hatten keine negativen Wirkungen auf Arbeitsplätze.
Was wichtig ist zu wissen, sind die Effekte eines Mindestlohns, die eintreten werden:

- höhere Löhne
- höhere Einkommenssteuern
- mehr Sozialversicherungsbeiträge
- weniger Transferleistungen

Es bleibt dabei: Der gesetzliche Mindestlohn ist eine der wichtigsten Forderungen des DGB. Gerade für die Menschen, in deren Betrieben Dumpinglöhne gezahlt werden, sind sie wichtig.
Kein Lohn unter 8,50 €. Diese Forderung gilt weiter.

Anrede,

Für die prekäre Beschäftigung in Deutschland ist der Mindestlohn allerdings kein Allheilmittel.

Denn nicht allein die Löhne sind das Problem. Unternehmer haben alle Wege genutzt um unternehmerische Risiken auf die Beschäftigten zu verlagern.

Täglich ist sichtbar, was das bedeutet:

- 7,7 Mio. Beschäftigte sind gezwungen, in schlechten und unsicheren Jobs zu arbeiten. Das sind knapp ein Viertel aller Beschäftigten und rund 45 % mehr als noch vor zehn Jahren
- Jedes zweite Arbeitsverhältnis, das neu begonnen wird, ist befristet. Insbesondere junge Leute können ein Lied davon singen.
- Die Zahl der Minijobber stieg um 72 %. Dies ist zum großen Teil eine Domäne der Frauen.
- die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse stieg um 150 %
- Scheinwerkverträge erfreuen sich großer Beliebtheit. Der Regalauffüller ist eine neue Spezies in diesem Bereich.
- Soloselbständige haben in den letzten 10 Jahren um 500.000 zugenommen. 2,35 Mio. sind es derzeit.

Kolleginnen und Kollegen,
unsere Forderungen sind klar:

Leiharbeitnehmer, die den gleichen Job machen wie Festangestellte müssen den gleichen Lohn verdienen. In manchen Ländern zahlt man ihnen sogar mehr. Wer alle paar Wochen sich neu einarbeiten muss, ist ja besonders flexibel. Das sollte honoriert werden. Wir Gewerkschaften wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und dabei bleibt es!

Und dann die Minijobber. Nicht nur die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wird ihnen oft vorenthalten, auch bezahlter Urlaub und bezahlte Feiertage. Pauschale Vergütung wird ohne klare Stundenbegrenzung vereinbart. Daraus ergeben sich minimale Löhne. Gerade im Handel und der Gastronomie haben so genannte Aushilfsjobs überhand genommen. Dabei sind es gar keine Aushilfen. Es sind reguläre regelmäßig ausgeübte Tätigkeiten, die man glaubt billiger bezahlen zu können. Für viele Frauen sind sie eine Falle und die Ursache von Altersarmut.

Der DGB hat sich klar und deutlich für eine Sozialversicherungspflicht aller Beschäftigungsverhältnisse ausgesprochen. Für Schüler, Studenten und Rentner kann es Sonderregelungen geben.
Für alle anderen Teilzeitbeschäftigungen wollen wir eine geregelte Absicherung auch für das Alter, ohne wenn und aber.

Anrede,

Befristete Beschäftigung ist das weitere Übel. Junge Leute finden die erste Befristung nach der Ausbildung oft gar nicht so schlimm, wollen sie doch sowieso nicht ihr Leben lang bei einem Arbeitgeber bleiben. Spätestens bei der zweiten oder dritten Befristung denken sie

darüber anders. Das Problem haben wir auch bei jungen Wissenschaftlern, die sich von einer Befristung zur nächsten hangeln. Wer sich über mangelnden Nachwuchs beklagt, muss sich bei solchen Beschäftigungsbedingungen nicht wundern. Auch junge Menschen brauchen Planungssicherheit. Befristung muss die Ausnahme sein, nicht die Regel. Das kann man erst recht in Zeiten des Fachkräftemangels erwarten.

Anrede,
kommen wir zum Arbeitsmarkt insgesamt: ohne Zweifel, die Lage hat sich entspannt. Die Arbeitslosenquote liegt heute deutschlandweit bei 7,1 % gegenüber 10,2 % vor 5 Jahren. In Thüringen liegen die Verhältnisse etwas anders. Aber mit
9,2 % 2010 gegenüber 14,4 % im Jahre 2007 ist auch hier eine merkliche Entspannung eingetreten. Wer aber erwartet hätte, dass jetzt die Langzeitarbeitslosen und die älteren Arbeitslosen endlich bessere Chancen erhalten, wird enttäuscht. Gleiches gilt für die Jugendlichen, die als so genannte Altbewerber noch eine Ausbildung suchen.

Der DGB sieht hier noch echte Herausforderungen.

Anrede,

mögen die krassen Forderungen der Neoliberalen nach immer mehr Freiheit für die Wirtschaft und immer weniger Rechten für Arbeitnehmerinnen vom Tisch sein. Die Auswüchse dieser auch politisch begleiteten Konzepte sind allerorten zu spüren.

In den letzten Monaten kamen mir Bewerbungen von gut qualifizierten jungen Menschen auf den Tisch, die nur mühsam kaschieren konnten, dass sie immer wieder arbeitslos waren.

Junge Menschen, die sich jahrelang von Praktikum zu Praktikum hangeln, die immer wieder befristet beschäftigt sind, die von einer Trainee- oder Vorbereitungsmaßnahme in die nächste geschickt werden.
Manche manövrieren sich von Projekt zu Projekt, in der Hoffnung einmal fest angestellt zu werden. Jeder und jede von uns kennt solche Fälle in unseren Familien und im Freundeskreis.

Sie sprechen Fremdsprachen und waren im Ausland, sie haben gute Abschlüsse gemacht und kommen nicht weiter. Eltern bezahlen die Miete und den Unterhalt weiter, die Freundin jobbt nebenbei oder der Praktikant selbst.

- Wie soll man unter solchen Bedingungen Familie gründen und Kinder kriegen?
- Soll das die schöne neue Arbeitswelt sein?

Wer heute über Fachkräftemangel jammert, wer darüber klagt, dass junge gut qualifizierte Menschen ins Ausland gehen, muss sich schleunigst an die eigene Nase fassen und was tun:

- gute Ausbildung anbieten
- faire Bezahlung und sichere Beschäftigung
- familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Väter und Mütter
- gute Arbeit schaffen, die Innovation ermöglicht
- und ein wertschätzendes Unternehmensklima.

Nicht nur für junge Menschen gilt: die Belastungen in der Arbeitswelt nehmen zu durch Arbeitsverdichtung, mehr Verantwortung, Zeitdruck. Und die psychischen Erkrankungen nehmen rasant zu.

Auch viele Ältere, die in Nacht- und Schichtarbeit tätig waren, die körperlich belastende Arbeit leisten mussten, die immer mehr zusätzliche Arbeit auf den Schreibtisch bekamen,

mehr Verantwortung, längere Arbeitszeit, häufige Dienstreisen und keine Entlastung – das schlaucht und macht die Menschen fertig.

Deshalb, liebe Kolleginnen: Gute Arbeitsbedingungen, gute Arbeit müssen wieder auf die Tagesordnung. Es ist höchste Zeit dafür, wenn ältere Menschen nicht schlapp machen sollen.

Anrede,

Gute Bildung für alle

Wir wissen: auch Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für Beschäftigung und Teilhabe, für ein gutes Leben.

Doch das deutsche Bildungssystem hat die die soziale Spaltung nicht überwunden:

- Noch immer haben 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren keine abgeschlossene Ausbildung.
- Noch immer verlassen jedes Jahr mehr als 65.000 junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss.
- Noch immer leben in unserem Land rund 7,5 Millionen Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können.
- Noch immer landen fast 400.000 Jugendliche im Übergangssystem in Warteschleifen, ohne Chance auf eine voll qualifizierende Ausbildung.

Wir brauchen Schulen, die Kinder nicht ausgrenzen und alle bestmöglich ausbildet! Mehr Arbeiterkinder müssen in Deutschland ein Studium abschließen können. Wer eine Berufsausbildung gemacht hat, muss den Zugang zur Uni erleichtert bekommen.

Für die Finanzierung der Aus- und Weiterbildung brauchen wir eine gerechtes System und mehr Anreize, damit auch Menschen, die sich bisher nicht weiterbilden, eine Chance bekommen.

Wieso soll eine Küchenhilfe oder ein Busfahrer keine Angebote bekommen? Heute machen sich viele Arbeitgeber nicht die Mühe, zu überlegen, was eine sinnvolle Weiterbildung sein könnte.

Auch Ältere fallen durch den Rost. Es sind weniger die Beschäftigten, die nicht wollen. Sie beklagen sich über mangelnde Unterstützung. Viele Chefs sind weder hilfreich noch unterstützend.

Die Zeit der Sonntagsreden über lebensbegleitendes Lernen muss jetzt vorbei sein.

Equal Pay für Frauen

Übrigens, Frauen verdienen in Deutschland für gleiche oder gleichwertige Arbeit immer noch im Durchschnitt 23 % weniger! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – das fordern wir auch für Frauen und Männer.

Niemand kann mir erklären, weshalb junge Mädchen in der Ausbildung schon erheblich weniger verdienen als junge Männer.
Wieso ein Leiter einer Autowerkstatt mehr verdient als eine Leiterin einer Großküche, verstehe ich auch nicht.

Ist Pflege in Krankenhäusern, Erziehung in Kindergärten oder Versorgung von alten Menschen uns nicht wichtig genug?
Wollen wir junge Frauen dort abwerben?
Wer soll die Arbeit dann machen? Es geht auch um die Aufwertung dieser Tätigkeiten und um die bessere Bezahlung.

Das Mindeste, was man verlangen muss ist, dass die Betriebe die Instrumente nutzen, die es bereits gibt, um Lohdiskriminierung zu vermeiden: Logib-D, aus der Schweiz und den EG Check aus Deutschland.

Noch besser wäre es, wenn man Betriebe verpflichtete ihre Entgeltsysteme auf Diskriminierung zu prüfen. Da gibt es immer Spielräume, wie man Frauen eingruppiert. Welche Berufserfahrungen anerkannt werden, was für eine Zusatzstufe spricht oder einen Dienstwagen. Ein wirtschaftlicher Riese wie die Bundesrepublik duckt sich unter der Aufgabe gerechter Entlohnung weg. Entgeltgleichheit muss auch durchgesetzt werden!

Frauen in Führungspositionen

Und noch eins, in den Vorständen der DAX 30 Unternehmen sind Frauen nur zu 2 % vertreten.

Frauen machen inzwischen die besseren Schulabschlüsse, studieren häufiger und schließen ihr Studium schneller und meistens besser ab.

Es ist richtig, Frauen sehen ihre Voraussetzung für einen Job meist wesentlich kritischer als Männer. „Männer," so heißt es, „lesen ein Buch und wissen Bescheid. Frauen lesen drei Bücher und stellen fest, was sie alles noch nicht wissen". Etwas mehr Realismus in Bezug auf die eigenen Fähigkeiten kann man jungen Männern nur wünschen.

Für die Führungsjobs, die Frauen bisher noch nicht haben, sind aber auch andere Rahmenbedingungen nötig. Wenn sie Kinder haben, brauchen sie familiensensible Arbeitszeit, Kinderbetreuung, Ferienbetreuung für Kinder. Aber eines ist auch klar, Frauen sind nicht immer zwischen 28 und 40 und es gibt auch Frauen ohne Kinder, die problemlos Aufgaben übernehmen können. Man muss sie ihnen aber auch zutrauen.
Und daran hapert's noch gewaltig.

Ganz zu schweigen davon, dass auch Väter immer häufiger mehr Zeit für ihre Familie aufwenden wollen. So lange aber die Arbeitswelt rücksichtslos den Takt vorgibt, kommen wir hier nicht weiter. Vieles an Erleichterungen kostet übrigens nichts, außer Ideen und den Willen, etwas zu tun.

Anrede,

dagegen sind unsere öffentlichen Hände traditionell „klamm“. Schulen, Schwimmbäder und Jugendheime werden geschlossen. Schlaglöcher in den Straßen werden jahrelang nicht repariert.

Wir brauchen wieder mehr Steuergerechtigkeit. Wer mehr hat, muss auch mehr Steuern zahlen. Ist es nicht erstaunlich, dass sich in Deutschland 35 Millionäre zusammen getan haben, weil sie der Auffassung sind, sie könnten **mehr Steuern** zahlen? Ich bin sicher, es sind mehr als 35 in dieser Republik. Steuergerechtigkeit schafft Handlungsspielräume.
Die Hälfte der deutschen Haushalte verfügt über kein nennenswertes Vermögen.

1.220 Milliarden Euro befinden sich in Deutschland allein in den Händen von nur 800.000 Super-Reichen.

Die Bundesregierung könnte mindestens 70 Milliarden Euro pro Jahr mehr an Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen erzielen. Durch eine Finanztransaktionssteuer, eine Vermögenssteuer und eine gerechtere Erbschaftssteuer, ohne dass Omas Häuschen verloren geht.
Dazu kommen muss außerdem eine gerechte Besteuerung von Kapitalerträgen.

Einkommensungleichheit und Armut haben erheblich zugenommen. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie.

Gerechte Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung für alle

Deutschland befindet sich wieder auf dem Wachstumspfad, nachdem Finanzhaie und Wirtschaftsspekulanten die Welt an den Abgrund geführt hatten.
Inzwischen wachsen Gewinn und Kapitaleinkommen im Aufschwung wieder deutlich schneller als Lohneinkommen.
Die Vorstandsvorsitzenden der DAX-Unternehmen verdienen im Durchschnitt 4,2 Millionen Euro jährlich.
Bei vielen hat sich das Einkommen seit der Krise sogar verdoppelt.
Die Löhne dagegen sind seit Beginn des Jahrtausends real gesunken.
Innerhalb der europäischen Union sind die Durchschnittslöhne in Deutschland mit am geringsten gestiegen.

Deshalb brauchen wir jetzt im Aufschwung kräftige Lohnzuwächse.
Beschäftigungssicherung und Kaufkrafterhöhung werden deshalb Ziele der anstehenden Tarifrunden sein!

Das ist auch gut für den Binnenmarkt.

Schluss

Anrede,
die Wertschätzung der Gewerkschaften wächst wieder. Selbst junge Leute, die bisher Gewerkschaften eher fern standen, sehen uns heute in einem anderen Licht.

Wie sagte es kürzlich ein junger Mann:

Außer den Gewerkschaften gibt es kaum eine gesellschaftliche Kraft, die glaubwürdig Gegenpositionen formulieren und vertreten kann.

Das tun wir, nicht nur, aber gerade auch am 1. Mai:

für

- faire Löhne
- gute Arbeit
- und soziale Sicherheit

denn Arbeit und Leben ist nicht zweierlei. Arbeitszeit ist auch Lebenszeit. Und Leben hat der Mensch nur eins.
Dafür demonstrieren wir an unserem Tag der Arbeit.

Die arbeitenden Menschen müssen wieder im Mittelpunkt stehen. Sie sind innovativ und engagiert, sie rackern sich ab und schaffen den Mehrwert, sie halten den Kopf hin und haben oft genug ohne eigene Schuld ihre Arbeitsplätze verloren. Menschen haben auf Einkommen verzichtet, um Unternehmen zu retten, und zum Schluss haben sie oft genug den Kürzeren gezogen.

Es wird höchste Zeit, dass die Arbeit, die Arbeitsbelastungen und die Löhne wieder im Vordergrund stehen,

Kolleginnen und Kollegen.

Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat und eine lebendige Demokratie. Deshalb stellen wir uns auch gegen Demagogen. Die mit Gewalt und menschenverachtender Ideologie ihre gescheiterten politischen Konzepte durchsetzen wollen. Nicht mit uns!

Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität.

Ein guter Grund Ihnen und Euch „Danke“ zu sagen für Euer Engagement im letzten Jahr. Für Ideen, Unterstützung und ganz konkrete Hilfe für die Mitglieder der Gewerkschaften.

Danke für alles